

Budget 2011 – der notwendige Budgetkompromiss bietet eine solide Basis für weitere Reformarbeit

Die schnelle Einigung über das Bundesbudget garantiert – kräftig unterstützt von der Konjunkturlage –, dass die Neuverschuldung schon 2011 erheblich sinkt. Der Schuldenstand des Staates wird dadurch zwar nicht abnehmen, dies war aber auch nicht beabsichtigt, sondern bleibt weiteren Reformschritten vorbehalten. Es ist wichtig, auch die außerbudgetären Schulden von ASFINAG und ÖBB und auch die steigenden Pensionslasten im Auge zu behalten, da diese früher oder später von der EU und den internationalen Ratingagenturen mitbeobachtet werden.

Die am 23. Oktober von der Bundesregierung vorgestellten Ausgabenkürzungen werden durch eine Vielzahl kleiner Maßnahmen erreicht. Die großen Ausgabenblöcke werden nicht bzw. in geringem Ausmaß angesprochen. Die Mitarbeit und der Beitrag der Länder sind hier notwendig.

Auf Basis der vorliegenden Information sind nur wenige Einschränkungen im Bereich der Förderungen zu erkennen, in begrenztem Ausmaß etwa bei den Gesundheitsausgaben und bei den Pensionen. Die deutlichen Kürzungen der Familienleistungen werden durch Zusatzausgaben für die Nachmittagsbetreuung etwas abgefedert. Das WIFO begrüßt, dass es keine Einschnitte in den Kern von Sozialleistungen gibt. Die langfristige Kostenbremse im Pensionsystem muss allerdings in Angriff genommen werden, sobald die zusätzlichen Berechnungen der Pensionsreformkommission vorliegen.

Das WIFO begrüßt die Aktivkomponente (Bildung, Forschung, thermische Sanierung) während der Konsolidierungsphase. Damit setzt die Bundesregierung ein deutliches Signal, dass neben der Budgetkonsolidierung auch andere wirtschaftspolitische Ziele Gewicht haben. Falls die Budgetsituation nach Vorliegen der endgültigen Ergebnisse für 2010 noch besser ausfallen sollte als bisher angenommen, wären die Aktivmaßnahmen noch weiter zu stärken. Die Steuererhöhungen sind so gewählt, dass sie Doppeldividenden bringen (neben den Steuereinnahmen Beiträge zur Gesundheit und zum Klimaschutz) und die niedrigen Einkommen wenig belasten bzw. die Belastung abgefedert wird. Eine stärkere positive Wirkung wird erreicht, wenn das Pendlerpauschale nicht nur erhöht, sondern auch ökologisiert wird (etwa durch Zuschüsse zu Fahrkarten für öffentliche Verkehrsmittel).

Von einer Erhöhung der Umsatzsteuer wurde richtigerweise abgesehen. Damit unterscheidet sich das österreichische Konsolidierungsprogramm positiv von Programmen in anderen

europäischen Ländern. Die Sofortmaßnahmen sollten allerdings in eine Strukturreform des österreichischen Steuersystems einmünden. Nach der Konsolidierungsphase sollte die Belastung des Faktors Arbeit gesenkt werden, da die Abgaben insgesamt und besonders jene auf Arbeit in Österreich besonders hoch sind.

Die Verschiebung des Baus des Koralmtunnels ist ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Nun sollten externe Experten überprüfen, wie hoch das jährliche Defizit des laufenden Betriebs sein wird. Im Zuge dieser Evaluierung sollte auch geprüft werden, ob die Mittel nicht sinnvoller in die Qualitätssteigerung der Südbahn und in regionalpolitische Maßnahmen (z. B. für Betriebsgründungen) investiert werden könnten, um die Steiermark und Kärnten wirtschaftlich attraktiver zu machen. Eine solche Bewertung scheint umso dringlicher, als die derzeit absehbaren Ausgaben für den Bau der Koralmstrecke dem Zwanzigfachen der gestern vorgestellten Offensivmaßnahmen entsprechen.

Die Einigung der Bundesregierung ist ein erster Schritt einer Budgetpolitik, durch die Defizite zurückführt werden. Nun sollten Meilensteine definiert werden, wann die großen Reformprojekte durchgeführt werden: Verwaltungsreform, Gesundheitsreform, Schulreform, Durchforschung der Förderungen, Erreichung der Kyotoziele und Steuerstrukturreform. Auch der Beitrag der Länder zur Konsolidierung muss dargestellt werden.

Die Pflicht ist getan, jetzt sollten die Reformprojekte für eine tragfähige und langfristige Budgetpolitik und zur Sicherung von Wohlfahrt und Wettbewerbsfähigkeit Schritt für Schritt in Angriff genommen werden. Ein Zukunftspakt für Österreich – wie ihn das WIFO seit dem Sommer vorschlägt – unter Beteiligung der Sozialpartner ist jetzt möglich und notwendiger denn je.

Wien, am 24. Oktober 2010

Rückfragen:

Prof. Dr. Karl Aiginger, Tel. (1) 798 26 01/210

Dr. Margit Schratzenstaller Tel. (1) 798 26 01/204 (ab Montag, 25. Oktober 2010 9:00 Uhr)